



Finanztransaktionssteuer und Bankenabgabe Konkurrenzprojekte oder Scheinalternativen?

Die Idee einer Umsatzsteuer auf den Handel mit Finanzvermögen, also auf Aktien, Anleihen, Derivate, Devisen etc., die sog. Finanztransaktionssteuer (FTT), findet immer mehr Unterstützung. Die deutsche Kanzlerin, alle Parteien des Bundestages außer der FDP haben sich dafür ausgesprochen – natürlich nur unter der Voraussetzung, die Steuer würde international eingeführt. Auch Sarkozy, der britische Premierminister, Gordon Brown und der Chef der EU-Kommission, Barroso, haben sich positiv geäußert.

Selbst bei einem geringen Steuersatz von 0,1 Prozent würde die FTT Hunderte von Milliarden Dollar jährlich bringen und gleichzeitig die Spekulation zu einem gewissen Grad zurückdrängen. Die Bankenlobby läuft Sturm gegen die FTT.

Nun hat US-Präsident Obama am 14. Januar ein anderes Projekt ins Spiel gebracht: **eine Bankenabgabe** (*Financial Crisis Responsibility Fee*). Das Projekt wurde politisch geschickt präsentiert und Obama konnte den großen Unmut in der Bevölkerung gegenüber Bankern nutzen, um sein Vorhaben zu rechtfertigen.

Seit der G7-Finanzministertagung in Kanada im Februar 2010 scheinen auch andere G7-Finanzminister sich auf die US-Position zuzubewegen. Einige Journalisten und den Banken nahestehende Politiker wähten die FTT deshalb bereits tot. Finanzminister Schäuble äußerte sich dazu nicht ganz so forsch:

„Seit dem G-20-Gipfeltreffen in Pittsburgh gibt es zahlreiche Vorschläge: Finanzmarkttransaktionssteuern, der amerikanische Ansatz einer Abgabe auf Großbanken, Versicherungslösungen, die Idee eines Fonds. Im Zweifel wird das eher mit Abgabenlösungen als mit sonst was gemacht. Der Finanzsektor muss die Kosten der Krise tragen.“ (FAZ 7.2.2010)

Durchsetzung noch nicht gesichert

Die Bankenabgabe liegt bisher nur in einigen Eckpunkten als Idee, nicht aber als ausgearbeitetes Konzept vor. Das gilt sowohl für Obamas als auch für Schäubles Vorschlag. Zudem braucht Obama die Zustimmung des Kongresses, die keineswegs sicher ist. Dort liegt außerdem ein Gesetzesentwurf für die Einführung der FTT bereits vor, der vermutlich im Sommer entschieden wird. Der Ausgang ist ebenfalls ungewiss. Die Zivilgesellschaft in den USA unternimmt in jedem Falle große Anstrengungen, um der FTT zum Sieg zu verhelfen.

Wie soll die Bankenabgabe funktionieren?

Obamas Vorschlag enthält bisher folgende Eckpunkte:

- abgabepflichtig sind Banken, Versicherungen, Investmentbanken und andere Finanzmarktakteure mit einem Eigenkapital ab 50 Mrd. Dollar. Demnach würden ca. 50 Institute in Frage kommen, darunter 10 bis 15 ausländische, wie z.B. die Deutsche Bank;
- die Abgabe soll 0,15 Prozent auf sämtliche Vermögenswerte betragen. Damit würden ca. 9 Mrd. Dollar jährlich zusammenkommen.
- die Abgabe ist auf 10 Jahre befristet, d.h. die Gesamtsumme der Einnahmen beliefe sich auf 90 Mrd. Dollar. Die Einnahmen lägen damit unter der Summe von 117 Mrd. Dollar, die bisher als Verlust aus den Rettungspaketen prognostiziert werden.

Die BAFIN (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*) hat im Auftrag des Finanzministers ausgerechnet, was ein ähnliches Projekt in der Bundesrepublik bringen würde. Demnach wären 22 Banken und 10 Versicherungen abgabepflichtig (ab 35 Mrd. Euro Bilanzsumme), mit einem Ertrag von einem einstelligen Milliardenbetrag (Spiegel online, 12.2.2010). Sparkassen und Genossenschaftsbanken (wie z.B. Volks- und Raiffeisenbank) sollen ausgenommen sein, nicht aber die Landesbanken. Ungeklärt ist, was mit dem Geld geschehen soll. Angesichts der Komplexität einer europäischen Lösung, bspw. in Form eines europäischen Fonds, ist eine nationale Lösung näher liegend.

Vor- und vor allem Nachteile der Bankenabgabe

Mit der Finanzkrise muss sich die Idee daran messen lassen, welchen Beitrag sie zur Abtragung der Krisenlasten und zur Vermeidung zukünftiger Krisen leistet. Aber dennoch hat die Bankensteuer zumindest auf den ersten Blick drei Stärken:

- sie holt Geld bei den Banken (und Versicherungen),
- sie hat politischen Rückenwind durch den mächtigsten Spieler auf den Finanzmärkten, den USA,
- sie bedürfe keiner langwierigen internationalen Vereinbarungen, da sie sich als gleichzeitige Maßnahmen im Rahmen der einzelnen Nationalstaaten verwirklichen lässt.

Dem stehen aber sehr gravierende Schwächen gegenüber:

- das Einnahmepotential ist viel geringer als das der FTT, nämlich nur etwa 5 Prozent,
- es besteht, anders als bei der FTT, keine Lenkungswirkung, zumindest keine positive. Im Gegenteil, wenn die Abgabe nur als Versicherung gegen zukünftige Bankenpleiten konzipiert wird, verschärft sich die moralische Versuchung, d.h. die Risikobereitschaft besteht fort und das Kasino wird sicherer für die Spieler,
- wird die Abgabe nur als Versicherung gegen zukünftige Krisen gesehen, trägt sie nicht zur Bewältigung der Lasten bei, die durch die aktuelle Krise entstanden sind, geschweige denn zur Finanzierung öffentlicher Güter, wie Klimaschutz oder die Millenniums-Entwicklungsziele,
- die Maßnahme erstreckt sich nur auf einen Teil der Finanzindustrie. Außerdem könnten sich so die riskanten Geschäftsmodelle einfach hin zu Instituten verlagern, die ein Eigenkapital unter 50 Mrd. Dollar haben,
- die Maßnahme ist zeitlich begrenzt, während die FTT auf Dauer ausgelegt ist.

Die Bankenabgabe kann also die Finanztransaktionssteuer in keiner Weise ersetzen. Sie ist dieser mit großem Abstand unterlegen!

Die öffentliche Verschuldung, die anhaltende Wirtschaftskrise und ihre sozialen Kosten werden auf viele Jahre den Gang der Dinge bestimmen. Demgegenüber ist die Bankenabgabe ein Tropfen auf den heißen Stein. Zudem ist die Krise des Finanzsektors noch nicht vorbei. In Europa kommt hinzu, dass der drohende Staatsbankrott Griechenlands die Krisenlasten steigert, während die Spekulation gegen den Euro einmal mehr deutlich macht, dass ohne Schritte zur Schließung des Kasinos Stabilität auf den Finanzmärkten nicht zu haben ist.

Peter Wahl (WEED), Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac